

Nebrner Anzeiger

Amtes Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben in Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 0,85 Mk.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Kisleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Kisleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.

Fernsprecher: Amt Kisleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen sollen: die 48 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklametext 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 20

Sonnabend, den 12. März 1927.

40. Jahrgang.

Hinter den Kulissen.

Wohl noch niemals ist es so deutlich geworden, daß das Hauptgewicht bei den Verhandlungen in Genf auf den Beziehungen hinter den Kulissen beruht, wie bei der letzten Tagung des Völkerbundes. Vornamens ist nur eine Lu, die nicht einmal einflüchtige, Sitzung des Rates und der größere Teil des Tages dient den Verhandlungen zwischen den Außenministern. Was dann dabei herauskommt, erzählt — oder erzählt auch nicht — die Mitwelt durch „Kommuniqué“, die allermeist die Hauptergebnisse haben, außerordentlich — nichtisagend zu sein.

Am Dienstag der Fragen, die uns Deutsche besonders angehen, hielt in die des deutsch-polnischen Verhältnisses im allgemeinen und die Frage des deutschen Minderheitenrechts in Schlesiens im besonderen. Jazelski, der polnische Außenminister, hatte sich noch den Boiwoden aus Chroboszcz mitgeteilt und der deutsche Botschafter in Warschau, W a u s e r, hat auch nach Genf kommen müssen. Der deutsche und der polnische Außenminister haben nun eine lange Unterredung miteinander gehabt und darüber ist denn auch schon ein Kommuniqué herausgegeben worden, wonach im wesentlichen über die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder gesprochen worden ist und Dr. Stresemann ebenso wie Jazelski ihren kabinetsmäßigen Vorschläge unterbreiten werden, von denen die Befriedigung der gegenwärtigen Schwierigkeiten erwartet. Das einzige, was man aus dieser reichlich unbestimmten Verlautbarung herauslesen kann, ist doch wohl das, was nicht darin steht. Man darf doch wohl annehmen, daß bei der Unterredung nur wirtschaftliche, besser gesagt: Handelsfragen im Mittelpunkt der Verhandlungen standen, nicht aber die politischen, geschweige denn, daß der Gedanke eines „Euboea“ erörtert oder gar ein solches mit einer bestimmten Vereinbarung in Aussicht genommen ist. Mit einem Wort: das Verhältnis ihrer Unterredung zwischen dem deutschen und dem polnischen Außenminister ist lediglich die Verbindung neuer Handelsvertragsverhandlungen zwecks Beendigung des Zollkrieges. So wenig also wie auf die Rheinlanddrängung ist man in Genf auf die politischen Probleme — soweit sie Deutschland unmittelbar betreffen — irgendwie eingegangen oder hat sie miteinander verknüpft.

Bei Briand seine Absicht, es deutschseits nicht zu einer Aufzählung der Befragungsfrage kommen zu lassen, durchaus erreicht, so scheint auch sein Plan, in Genf ein Gebot an die Stelle der wirklich nicht mehr haltbaren französischen Zusage eines „internationalen Zollkrieges“ treten zu lassen, außerdem in Paris und Genf geminderte französische Bataillone zu stationieren, gleichfalls zu akzeptieren zu sein. Daß der Versailles Vertrag damit einfach unbedacht bleibt, spielt in seine Rolle, und die deutsche Delegation in Genf hat einfach damit geredet durch den Vorfall, hat dies „internationalen Zollkrieges“ Vorschlag zu schaffen. Was nun dabei herauskommt wird, steht im Augenblick noch nicht fest; irgendein Kompromiß wird sich schon finden, das aber natürlich dem deutschen grundsätzlichen Standpunkt nicht gerecht wird.

Uns schließlich ist auch eine „Zahlung“ Angelegenheit in Genf in Erwägung gekommen und Jazelski hat sprechen wollen. Danzig braucht eine „Anleihe“, aber die Finanzkommission des Völkerbundes wollte hierfür die Genehmigung nicht eher geben, als bis die Frage der Zollabgabe, ihrer Verwaltung und der Verteilung der Einkünfte daraus zwischen Danzig und Polen einiglos geregelt war. Der Vorkriegsstand nämlich ein Zollabgabepakt einführen, um die Kosten der Anleihe und ihre Verzinsung dadurch zu decken. Hierbei scheint Polen nun einige Nachgebildete gezeigt zu haben, namentlich in der Frage, welcher Anteil von den Zollerträgen auf jedes der beiden Länder entfällt, und eine Erweiterung der Befugnisse der polnischen Zollbeamten soll glücklicherweise worden sein.

Wfo: alles ist vorläufig noch recht unbestimmt, alles ist erst „angebahnt“ — und wie es weiterlaufen wird, kann erst die Zukunft lehren.

40-Millionen-Anleihe für Danzig.

Dr. Stresemann über Deutschland und Ausland. Die Donnerstagsabende des Völkerbundes dienen ausschließlich wirtschaftlichen Fragen. Die Beratungen brachten eine für Danzig wirtschaftlich wichtige Entscheidung, denn der Völkerbund genehmigte die internationale Anleihe für Danzig im Betrage von vierzig Millionen Gulden.

Präsident E. J. e m a n erklärte, der Völkerbund: könnte auf die in dieser Tagung geleistete Arbeit für die Welt, die vom Kriege am schwersten betroffen seien, stolz sein. Es werde die Aufgabe der kommenden Weltwirtschaftskonferenzen sein, auf dem Wege der Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts der Welt weiter voranzukommen. Dr. Stresemann erklärte, Johann als deutscher Delegierter in englischer Sprache den Bericht über die Weltwirtschaftskonferenzen, die am 4. Mai in Genf zusammengetreten sind.

Stresemann vor den Auslandsjournalisten.

Minister Stresemann nahm vor der Sitzung Gelegenheits, vor den ausländischen Pressevertretern gegenüber

den Verbindungen der Komplexität über die angebliche britische Absicht, einen antirussischen Block zu bilden, Stellung zu nehmen. Er demonstrierte eingehend die Behauptung, daß zwischen Deutschland und England geheime Verhandlungen beständen. Er stellte fest, daß weder der Vertrag von Rapallo noch der Berliner Vertrag derartige Abmachungen enthielten.

Ferner betonte der Minister, daß die bisherige deutsche Außenpolitik unverändert weitergeführt werde, und unterstrich das Interesse Deutschlands an einer Entspannung und an der Beendigung von Streitigkeiten. Weiter erklärte Minister Stresemann, daß die deutsche Regierung gemäß Artikel 431 des Versailles Vertrages das Recht zur Aufwertung der Räumungsfrage habe und daß dieses Recht im Reparationsvertrag eine moralische Grundlage habe. Hierzu sei auch der britische den französischen Pressevertretern erklärte, daß er dieser Auffassung völlig zustimme.

Aufwertungs-vorschläge der Reichsregierung.

An den Grundzügen soll nicht gerüttelt werden.

Der Reichsausschuß des Reichstages hat mit der Beratung über die Aufwertung begonnen. Dazu liegen zwanzig Entwürfe und Anträge vor. Der Vorsitzende, Abg. D. Dr. Stahl (D. Vp.), erklärte, der Ausschuß habe zu prüfen, ob und inwieweit es möglich sein werde, ohne Gefährdung der wirtschaftlichen und rechtlichen Sicherheit die bestehende Lage des schwerigen Aufwertungsproblems zu lösen. Es sei das gute Recht der Wähler, sich mit Vorklängen an den Reichstag zu wenden, es sei aber in diesem Falle eine über das vernünftige Maß hinausgehende Agitation eingeleitet zu sein. Viele Schreiben enthalten lediglich belästigende Angriffe oder begnügen sich mit dem üblichen Schlagwort von Diebstahl, Raub, Betrug und dergleichen. Dieser Ansturm von Schreiben sollte als zwecklos eingestuft werden. — Vor Eintritt in die Generaldebatte gab

Reichsjustizminister Dr. Berg

namens der Reichsregierung eine Erklärung ab, in der es heißt:

Die dem Ausschuß überliegenden Anträge betreffen teils die Anleiheabfindung, teils die Aufwertung der Guthaben bei Fabrik- und Werkparitäten, teils die Syntheschuldenaufnahme. Was die Anleiheabfindung und die Guthaben bei Fabrik- und Werkparitäten anlangt, so sind die Vorarbeiten der Reichsregierung soweit gebiegen, daß die Reichsregierung in der Lage ist, dem Ausschuß ihre Stellungnahme mitzuteilen.

Zu den Fragen der Aufwertung im allgemeinen und namentlich auch zu der hier besonders interessierenden Frage der Aufwertung von Hypotheken und anderen privatrechtlichen Ansprüchen hat bereits der Reichsminister der Finanzen in seiner Eintragsrede die Auffassung der Reichsregierung dahin gekennzeichnet, daß

an den Grundzügen der Aufwertungsgegebung nicht gerüttelt werden

dürfe. Maßgebend für diese Einstellung ist einmal die notwendige Rücksicht auf die Komplexität der Gesetzgebung, ferner die Rücksicht auf die Wirtschaft des gesamten Volkes, die eine nochmalige Aufwertung bereits abgeschlossener Rechtsverhältnisse nicht betragen würde, des weiteren die Sorge für eine ungekürzte Höhe des Staatsschatzes und endlich der Gesichtspunkt, daß die Grundschuldhaber wieder arbeitsfähig werden und die Richter der Aufwertungsstellen und Grundbuchämter, die in hingebungsvoller Arbeit bis an die Grenzen des Möglichen an der Durchführung des gegenwärtigen Gesetzes gearbeitet haben, vor dem physischen und psychischen Zusammenbruch bewahrt werden müssen.

Der deutsch-französische Handelsvertrag.

Die Grundrassen festgelegt.

Zum deutsch-französischen Handelsvertrag wird von autorisierter Seite mitgeteilt: Ein Protokoll über die Grundrassen für den englischen Vertrag ist nunmehr aufgesetzt worden und bildet einen der wichtigsten Punkte in drei Punkten: erstens: der englische Vertrag wird sofort mit der Veröffentlichung de facto beginnen; zweitens: Frankreich wollte bisher keine Verbindungen bezüglich der Sätze seines Minutariats eingehen. Diese Schwierigkeit ist beseitigt; drittens: Frankreich lehnt es nicht mehr ab, über Grenzfragen seine Minutariatsfragen zu behandeln. Der englische Vertrag ist natürlich noch nicht gefestigt, die Detailsarbeit geht erst an; aber wir haben einen starken Fortschritt erreicht. Das Protokoll liegt der Reichsregierung zur Genehmigung vor. Frankreich will für April und Mai ein Winkontingent zu haben, darüber wird noch in der Regierung beraten. Deutschland würde das Kontingent natürlich nur gegen wichtige Gegenleistungen abgeben.

Englische Flottenmanöver im Mittelmeer.

Ein Wink an die Mächte.

Wie sich „Chicago Tribune“ aus Gibraltar melden läßt, wird die größte englische Flotte, die ab-

gegeben von der Zeit des Weltkrieges, jemals unter einem einheitlichen Kommando zusammengekommen werden ist, gemeinschaftlich im Mittelmeer zur Abhaltung von Manövern versammelt. Es handelt sich um gemeinsame Manöver der englischen Mittelmeerflotte und der englischen Flotte des Atlantischen Ozeans, von denen jede etwa 70 Kriegsschiffe umfasst.

Nach Ansicht des Korrespondenten sei die Zusammenziehung einer so großen englischen Flotte im Mittelmeer die erste offene Anerkennung der Zusage durch England, daß das Mittelmeer ein „jointum“ der Flotte von der Nordsee nach dem Mittelmeer bereit worden ist. Die Zusammenziehung werde als ein Wink an alle angesehen, daß Großbritannien seine Vorherrschaft im Mittelmeer aufrechtzuerhalten gedenke.

Politische Rundschau Deutsches Reich.

Der Reparationsagent bei Marx.

Reichsfinanzier Dr. Marx hat den Generalagenten für die Reparationen und den Reichsanknüpfenden zu einer gemeinsamen Besprechung empfangen. Es heißt, daß diese Ausdrücke sich mit den Zusammenhängen zwischen der Reparationspolitik und den handelsrechtlichen Verhältnissen beschäftigte. Dabei werden insbesondere die Verhältnisse bei der Reichsverteidigung eine Rolle gespielt haben. Die Reichsverteidigung, die für die Reichsbankgesellschaft errichtet worden ist und deren Errichtungsebene verhalten, ist in dem letzten Bericht des Reparationsagenten Barter Gilbert als ein Unternehmen bezeichnet worden, dessen wirtschaftliche Rentabilität erst geprüft werden müsse.

Die Freizüge der gewererblichen Räume.

Berlin. Der Reichsausschuß für das Wohnungswesen beschäftigte sich mit den demotrischen und kommunikativen Fragen, die eine Wiederveränderung der Freizüge der gewerblichen Räume angetrieben folgen herbeiführen wollen. Der Ausschuß hielt eine Resolution im Sinne des demotrischen Antrages für erforderlich, wonach daruntersetzte Schiedsstellen einberufen werden sollen, die bei Klärungen und Streitigkeiten ansetzen werden sollen.

Aberkennung des Hausbesitzes.

Vor dem Enquete-Ausschuß für Geld, Kredit- und Finanzwesen, der sich mit der Entlastung des Grundbesitzes beschäftigte, wurde festgestellt, daß in Berlin während der Inflation 45 % aller Wohn- und Geschäftshäuser an Ausländer übergegangen sind. Die Käufer entstammten im wesentlichen den nördlichen Ländern, und zwar haben norwegische, schwedische und dänische Großfamilien in der Inflation den Gegenwert für gelieferte Waren meist in Häusern angesetzt.

Luxemburg.

× Konflikt zwischen Gemeindeverwaltung und Geistlichkeit. Die Gemeindeverwaltung von Esch an der Alzette hat aus den Namen der Primarschulen die dort angebrachten Krustige entfernen lassen. Die Geistlichkeit hat gegen dieses Vorgehen öffentlichen Protest erhoben und die Vorstände der katholischen Vereine haben sich dieser Kundgebung angeschlossen. Die Angelegenheit wird Gegenstand einer Interpellation in der Kammer sein.

Samborn. Der Chef der Kreisleitung, General Fede, ist in Samborn eingetroffen. Er haterte dem Reichsausschuß des Reichsausschusses, Bürgermeister Dr. Pfeiffer, einen offiziellen Besuch ab.

London. Das Unterhaus nahm in zweiter Lesung mit 245 gegen 117 Stimmen die Vorlage an, die die Schaffung einer indischen Marine vorschlägt.

Rom. Die „Popolo di Roma“ teilt mit, daß in Rom der deutsche Journalist Karl Dettus verhaftet worden unter der Beschuldigung, daß er in Deutschland Propaganda verbreitet habe, die gegen die nationale Würde Italiens zu schänden und die eine Verleumdung des Ministerpräsidenten und eine Aufzettelung zum Klaffen darstelle.

Warschau. Der Ränig ist leicht erkrankt und bittet das Zimmer. Eine für Freitag angelegte militärische Zeremonie ist deswegen verschoben worden.

Newport. Die „Associated Press“ aus Tokio meldet, bestreitet die japanische Regierung, den Vorschlag des Präsidenten Coolidge über die Abhaltung einer Dreimächtekonferenz zur Beschränkung der Marinereisungen anzunehmen.

Das schwere Erbeben in Japan.

Die entsetzliche Erdbebenkatastrophe, von der die japanische Insel betroffen wurde, spottet jeder Beschreibung. Nach den bisher eingegangenen Nachrichten wird der Verlust an Menschenleben neben ungeheurer materieller Schäden auf etwa 6000 geschätzt. Nach dem Erbeben haben außer dem Feuer auch noch Erdbeben zu dem Zerstörungswort beigetragen. Mehrere Provinzhäupter und eine große Zahl Dörfer sind völlig vernichtet. Das Oberatorium in Oata erklärt die Naturkatastrophe für die schlimmste, die seit 1854 Japanien befallen hat.

Während in Oata und Kobe das Beben verhältnismäßig wenig Schäden anrichtete, wurden in Arahimama zwei Drittel der Stadt zerstört. In Kyoto sollen 2000 Personen dem Beben zum Opfer gefallen sein. Mit am schlimmsten dürfte es Niryama ergangen sein, das völlig in Asche gelegt wurde. Sämtliche 5000 Einwohner entweder getötet oder verlegt. Auch die umliegenden Dörfer

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Er erscheint wöchentlich zweimal: Mittwochs und Sonnabends mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat:
Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 0,85 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Hofleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Hofleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weiss, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Hofleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen sollen: bei 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., bei 90 mm breite Millimeterzeile im Restmetell 15 Pf.
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Baukonten:
Stadtsparkasse Nebra — Sparverein Altrern.

Nr 20

Sonnabend, den 12. März 1927.

40. Jahrgang.

Hinter den Kulissen.

Wohl noch niemals ist es so heftig geworden, daß das Hauptgewicht bei den Verhandlungen in Genf auf den Beziehungen hinter den Kulissen beruht, wie bei der letzten Zaar zu des Völkerrates. Vornämlich ist nur eine Feje, oft nicht einmal einstündige, Sitzung des Rates und der größte Teil des Tages dient den Verhandlungen zwischen den Außenministern. Das dann dabei herauskommt, erzählt — oder erzählt auch nicht — die Mittelwelt durch „Kommunikés“, die allerseits die Hauptgegenstände haben, außerordentlich — nichts sagend zu sein.
Im Mittelpunkte der Fragen, die uns Deutsche besonders angehen, steht ja die des deutsch-polnischen Beziehungen im allgemeinen und die Frage des deutschen Winderbesitzes in Ostpreußen im besonderen. Zuletzte, der polnische Außenminister, hatte sich noch den Woiwoden aus Ostpreußen mitgebracht und der deutsche Gesandte in Warschau, A u s c h e r, hat auch nach Genf kommen müssen. Der deutsche und der polnische Außenminister haben nun, eine lange Unterredung miteinander gehabt und darüber ist denn auch schon ein Kommuniqué herausgegeben worden, wonach im wesentlichen über die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder gesprochen worden ist und Dr. Stresemann ebenso viele Zitate ihren Kabinetten „Vorschläge unterbreiten werden, von denen sie die Befriedigung der gegenwärtigen Schwierigkeiten erwarten.“ Das einzige, was man aus dem reichlich unbestimmten Verlautbarung herauslesen kann, ist doch wohl das, was nicht darin steht. Man darf doch wohl annehmen, daß bei der Unterredung nur wirtschaftliche, besser gesagt: handelspolitische Fragen berührt worden sind, nicht aber die bekannten politischen geführte denn, daß der Gehalts eines „Lacocarn“ erzählt oder gar ein solches mit einer bestimmten Beziehung abgedruckt worden ist. Mit einem Wort: das Resultat ihrer Unterredung zwischen dem deutschen und dem polnischen Außenminister ist bezüglich die Annäherung neuer Handelsvertragsverhandlungen, eines Verständigung des Zolltarifs. So wenig also wie auf die Meinlandsdrängung ist man in Genf auf die politischen Probleme — soweit sie Deutschland unmittelbar betreffen — irgendeine eingegangen oder hat sie miteinander verknüpft.

hat Wien die Absicht, es deutschereits nicht zu einer Aufstockung der Befestigungsfrage kommen zu lassen, durchaus erreicht, so scheint auch kein Plan, in S a a r g e b i e t an die Stelle der wirklich nicht mehr haltbaren französischen Truppen einen „internationalen Bahnhofs“ treten zu lassen, außerdem in Fortbau und „darüber“ gemeind mitzubereite französische Beistellung zu kontinieren, gleichfalls zu allergrößter Zeit zu gelangen. Doch der Verfaller Vertrag damit einfach unbeachtlich bleibt, spielt ja seine Rolle, und die deutsche Delegation in Genf hat einfach damit gerechnet durch den Vorschlag, statt des „internationalen“ einen „internationalen“ Bahnhofs zu schaffen. Was nun dabei herauskommen wird, steht im Augenblick noch nicht fest; irgendein Kompromiß wird sich schon finden, das aber natürlich dem deutschen grundsätzlichen Standpunkt nicht gerecht wird.
Und schließlich ist auch eine Danziger Angelegenheit noch zwischen Stresemann und Jaleff besprochen worden. Jaleff braucht eine Anleihe, aber die Finanzkommission des Völkerrates wollte hierfür die Genehmigung nicht erteilen, als bis die Frage der Tabakzölle, ihrer Verwaltung und der Verteilung der Einkünfte daraus zwischen Danzig und Polen endgültig geregelt war. Der Präsident will nämlich ein Tabakmonopol einführen, um die Kosten der Anleihe und ihre Verzinsung dadurch zu decken. Hierbei scheint Polen nun einige Nachgiebigkeit gezeigt zu haben, namentlich in der Frage, welcher Anteil von den Zollerträgen auf jedes der beiden Länder entfällt, und eine Erweiterung der Befugnisse der polnischen Zollbeamten soll glänzend abgelehrt worden sein.

Also: alles ist vorläufig noch recht unbestimmt, alles ist erst „angebahnt“ — und wie es weiterlaufen wird, kann erst die Zukunft lehren.

40-Millionen-Anleihe für Danzig.

Dr. Stresemann über Deutschland und Ausland.
Die Danziger Angelegenheit des Völkerrates dient ausschließlich wirtschaftlichen Fragen. Die Verhandlungen über die Frage der Danziger Wirtschaft wichtige Entscheidung, denn der Völkerrat genehmigte die internationale Anleihe für Danzig im Betrage von vierzig Millionen Gulden.

Präsident E r t s e m a n n erklärte, der Völkerrat könnte auf die in dieser Sitzung gefasste Arbeit für die Danziger, die vom Krieg am schwersten betroffen seien, stolz sein. Es werde die Aufgabe der kommenden Weltwirtschaftskonferenz sein, auf dem Wege der Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts der Welt weiter voranzufahren. Dr. Stresemann erklärte sodann als deutscher Delegierter in englischer Sprache den Bericht über die Weltwirtschaftskonferenz, die am 4. Mai in Genf zusammengetreten wird.

Stresemann vor den Auslandsjournalisten.

Minister Stresemann nahm vor der Sitzung Gelehrter, von den ausländischen Pressevertretern gegenüber

den Erfindungen der Sonntagspresse über die angebliche britische Absicht, einen antirussischen Block zu bilden, Stellung zu nehmen. Er dementierte entschieden die Behauptung, daß zwischen Deutschland und England geheime Abmachungen beständen. Er stellte fest, daß weder der Vertrag von Rapallo noch der Berliner Vertrag derartige Abmachungen enthielten.

Ferner betonte der Minister, daß die bisherige deutsche Außenpolitik unverändert weitergeführt werde, und unterließ das Interesse Deutschlands an einer Entspannung und an der Vermeidung von Kriegsverfahren. Jaleff erklärte Minister Stresemann, daß die deutsche Regierung gemäß Artikel 431 des Versailler Vertrages das Recht zur Aufhebung der Räumungsfrage habe und daß für dieses Recht im Locarnoabkommen auch eine moralische Grundlage bestehe. Hierzu sei bemerkt, daß Brand den französischen Pressevertretern erklärte, daß er dieser Auffassung völlig zustimme.

Aufwertungs-vorschläge der Reichsregierung.

An den Grundzügen soll nicht gerüttelt werden.

Der Reichsausschuss des Reichstages hat mit der Beratung über die Aufwertung begonnen. Dazu liegen vierzehn Entwürfe und Anträge vor. Der Vorsitzende, Abg. D. Dr. Kohl (D. Vp.), erklärte, der Ausschuss habe zu prüfen, ob und inwiefern es möglich sein werde, ohne Gefährdung der wirtschaftlichen und rechtlichen Sicherheit die bessernde Hand an das schwierige Aufwertungsproblem zu legen. Es sei das gute Recht der Wähler, sich mit Vorstellungen an den Reichstag zu wenden, es scheine aber in diesem Falle eine über das vernünftige Maß hinausgehende Maßnahme eingelegt zu sein. Viele Schreiben enthielten lediglich beleidigende Angriffe oder begnügten sich mit den allgemeinen Schlagworten von Deflation, Raub, Betrug und dergleichen. Dieser Artism von Schreiben sollte als „junctus“ eingestuft werden. — Vor Eintritt in die Generaldebatte gab

Reichsjahresminister Dr. Berg

namentlich der Reichsregierung eine Erklärung ab, in der es heißt:
Die dem Ausschuss überreichten Anträge betreffen teils die Anleiheablösung, teils die Aufwertung der Guthaben bei Fabrit- und Wertpartialien, teils die Hypothekenaufwertung. Was die Anleiheablösung und die Guthaben bei Fabrit- und Wertpartialien anlangt, so sind die Beratungen der Reichsregierung soweit geblieben, daß die Reichsregierung in der Lage ist, dem Ausschuss ihre Stellungnahme mitzuteilen.

Zu der Frage der Aufwertung im allgemeinen und namentlich auch zu der hier besonders interessierenden Frage der Aufwertung von Hypotheken und anderen privatrechtlichen Ansprüchen hat bereits der Reichsminister der Finanzen in seiner Erklärungs die Auffassung der Reichsregierung dahin gekennzeichnet, daß

an den Grundzügen der Aufwertungs-gesetzgebung nicht gerüttelt werden

dürfte. Maßgebend für diese Einstellung ist einmal die notwendige Rücksicht auf die Kontinuität der Gesetzgebung, ferner die Rücksicht auf die Wirksamkeit des gesamten Volktes, die eine nochmalige Aufwertung bereits abgeschlossener Reichsverhältnisse nicht vertragen würde, des weiteren die

Rechtssicherheit und die Kontinuität der Aufwertungs-gesetzgebung. Die Aufwertungs-gesetzgebung ist einmalig und wird von Protokoll über die Sitzung des Ausschusses am 1. März 1927.

Der Vertrag wird von Protokoll über die Sitzung des Ausschusses am 1. März 1927.

Der Vertrag wird von Protokoll über die Sitzung des Ausschusses am 1. März 1927.

Der Vertrag wird von Protokoll über die Sitzung des Ausschusses am 1. März 1927.

Der Vertrag wird von Protokoll über die Sitzung des Ausschusses am 1. März 1927.

Der Vertrag wird von Protokoll über die Sitzung des Ausschusses am 1. März 1927.

gesehen von der Zeit des Weltkrieges, niemals in der (nicht) europäischen Welt zusammengekommen werden ist, gegenwärtig im Mittelmeer zur Abhaltung von Manövern veranlaßt. Es handelte sich um gemeinsame Manöver der englischen Mittelmeerflotte und der englischen Flotte des Mittelmeeres Ozeans, von denen jede etwa 70 Kriegsschiffe umfaßt.

Nach Ansicht des Korrespondenten sei die Zusammenziehung einer so großen englischen Flotte im Mittelmeer die erste offizielle Anerkennung der Laifade durch England, daß das Mittelmeer ein gemeinsames Meer der beiden Nationen sei. Die Zusammenziehung werde als ein Schritt an alle angesehen, daß Großbritannien seine Vorherrschafft im Mittelmeer aufrechterhalten gedenke.

Politische Rundschau Deutsches Reich.

Der Reparationsagent bei Marx.
Reichsfinanzler Dr. Marx hat den Generalagenten für die Reparationen und den Reichsbankpräsidenten zu einer gemeinsamen Besprechung eingeladen. Es heißt, daß diese Besprechung sich mit der Zusammenziehung zwischen der Reparationspolitik und den handelsrechtlichen Verhältnissen beschäftigte. Dabei werden insbesondere die Verhältnisse bei der Reichsbankreform eine Rolle gespielt haben. Die Reichsbankreform, die für die Reichsbankreform eingelegt worden ist und deren Erträgnisse verballtet, ist in dem letzten Bericht des Reparationsagenten Barter Gilbert aus ein Unternehmen bezeichnet worden, dessen wirtschaftliche Rentabilität erst geprüft werden müsse.

Die Fregate der deutschen Marine.
Berlin. Der Reichsausschuss für das Wohnungswesen beschäftigte sich mit den demokratischen und kommunalistischen Vorschlägen, die eine Milderung der durch die Freigabe der vorhandenen Räume einretirenden Soldaten herbeiführen wollen. Der Ausschuss hielt eine Resolution im Sinne des demokratischen Vorschlags für erforderlich, wonach paritätisch besetzte Wohnstellen eingesetzt werden sollen, die bei Minderungen und Mietssteigerungen angemessen werden sollen.

Aufhebung des Hausbesitzes.
Vor dem Enquete-Kommissionen für Geld-, Kredit- und Finanzwesen, der sich mit der Entwicklung des Grundbesitzes beschäftigte, wurde festgestellt, daß in Berlin während der Inflation 45 % aller Häuser und Geschäftshäuser an Ausländer übergegangen sind. Die Käufer entstammten im wesentlichen den nordischen Ländern, und zwar haben norwegische, schwedische und dänische Großkaufleute in der Inflation den Gegenwert für gelieferte Waren meist in Säufen angelegt.

Luzernburg.
Konflikt zwischen Gemeindeverwaltung und Geistlichkeit. Die Gemeindeverwaltung von Esch an der Aarthe hat aus den Händen der Geistlichen die dort angebrachten Kirchengeländer enteignen lassen. Die Geistlichkeit hat gegen dieses Vorgehen öffentlichen Protest erhoben und die Vorstände der katholischen Vereine haben sich dieser Angelegenheit angeschlossen. Die Angelegenheit wird Gegenstand einer Interpellation in der Kammer sein.

Sandburg. Der Chef der Seeresichtungs- und Schiffe in Hamburg eingetroffen. Er statuierte dem Präsidenten des Seeresichtungs Rates, Bürgermeister Dr. Peterßen, ein offizielles Gedächtnis.

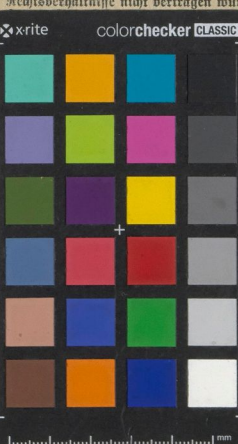
London. Das Unterhaus nahm in zweiter Lesung mit 245 gegen 117 Stimmen die Vorlage an, die die Schaffung einer indischen Marine vorsieht.

Madrid. Eine für Freitag angekündigte militärische Demonstration ist deswegen verfallen worden.

Newport. Die „Associated Press“ aus Tokio meldet, bestätigt die japanische Regierung, den Vorschlag des Präsidenten Coolidge über die Abhaltung einer Dreimächtekonferenz zur Beschränkung der Marineausbauten anzunehmen.

Das schwere Erdbeben in Japan.
Die entsetzliche Erdbebenkatastrophe, von der die japanische Insel betroffen wurde, spart jetzt Beschreibung. Nach den bisher eingegangenen Nachrichten wird der Verlust an Menschenleben neben ungeheurer materieller Schaden auf etwa 5000 geschätzt. Nach dem Erdbeben haben außer dem Feuer auch noch Erdbeben zu dem Zerfall vieler Gebäude geführt. Mehrere Provinzhäupter und eine große Zahl Dörfer sind völlig zerstört. Das Oberatarium in Osaka erklärt die Naturkatastrophe für die schlimmste, die seit 1854 Westjapan betrafen hat.

Während in Osaka und Kobe das Beben verhältnismäßig wenig Schaden anrichtete, wurden in Aomiyama zwei Drittel der Stadt zerstört. In Kyoto sollen 2000 Personen dem Beben zum Opfer gefallen sein. Mit an schlimmsten dürfte es Mineyama ergangen sein, das völlig in Asche gelegt wurde. Sämtliche 5000 Einwohner entweder getötet oder verlegt. Auch die umliegenden Dörfer



Ein Wink an die Mächte.
Wie sich „Chicago Tribune“ aus Gibraltar meldet, wird die arabische englische Flotte, die ab-